

Wochenspiegel

Darüber diskutiert Frankreich

20. - 26. Juni 2026

Emmanuel Macron hat am 25. Juni in Antibes die italienische Ministerpräsidentin Giorgia Meloni zu einem ersten bilateralen Gipfeltreffen seit deren Amtsantritt im Jahr 2022 empfangen. Im Mittelpunkt der Gespräche standen eine intensivierte Zusammenarbeit in den Bereichen Verteidigung, Kernenergie und Raumfahrt. Geplant sind unter anderem eine gemeinsame Verteidigungsstrategie, ein Abkommen zur nuklearen Zusammenarbeit und eine Beteiligung am europäischen Satellitenprojekt als Alternative zu Starlink. Beide Länder wollen ihre strategische Partnerschaft, die seit dem bilateralen Vertrag von 2021 ausgebaut wird, stärken. In Bezug auf die aktuelle geopolitische Lage und insbesondere die Situation im Libanon schlugen beide vor, nach dem Ende des Mandats der UN-Friedenstruppe UNIFIL (FINUL) im Dezember eine multinationale Koalition im Land aufzubauen. Ziel sei es, die Souveränität des Libanon zu stärken, seine Streitkräfte zu unterstützen und ein gefährliches Sicherheitsvakuum zu verhindern. Die Initiative soll gemeinsam mit der EU, den Vereinten Nationen sowie weiteren europäischen und nahöstlichen Partnern vorbereitet werden. Beide Regierungen betonten die Notwendigkeit eines klaren internationalen Mandats.

Die französische Nationalversammlung konnte am 25. Juni erneut den Gesetzentwurf der Fraktion „Union des droites pour la République“ (UDR) zur Bekämpfung von Schein- und Zwangsehen nicht abschließend verabschieden. Wie schon im Vorjahr verhinderten zahlreiche Änderungs- und Geschäftsordnungsanträge der linken Opposition, dass die Beratungen im Rahmen des sogenannten „parlamentarische Nische“ (frz. Original *niche parlementaire*) der UDR abgeschlossen werden konnten. Dieses in Deutschland wenig bekannte Instrument räumt jeder Oppositionsfraktion einmal pro Monat während der ordentlichen Sitzungsperiode das Recht ein, die Tagesordnung der Nationalversammlung für einen Tag selbst festzulegen. Der Gesetzentwurf, den der Senat bereits Anfang 2025 verabschiedet hatte, sieht mehrere Maßnahmen gegen missbräuchliche Eheschließungen vor. Die ursprünglich vorgesehene Regelung, Menschen ohne gültigen Aufenthaltsstatus die Eheschließung grundsätzlich zu untersagen, war allerdings bereits zuvor aus dem Entwurf gestrichen worden. Die UDR wollte nun die verbleibenden Bestimmungen verabschieden lassen. Da sich die Debatte durch zahlreiche Wortmeldungen, Änderungs- und Geschäftsordnungsanträge erheblich verzögerte, konnten bis Mitternacht mehr als 450 Änderungsanträge nicht behandelt werden. Aus Protest verließen die Abgeordneten der UDR und des Rassemblement National zeitweise den Plenarsaal. UDR-Fraktionschef Éric Ciotti forderte die Regierung vergeblich auf, ein verfassungsrechtliches Instrument zur Beschleunigung des Gesetzgebungsverfahrens anzuwenden. Anschließend warf er der Regierung mangelnden Mut vor und kritisierte, sie lasse sich von der politischen Linken blockieren. Schließlich erklärte Ciotti den parlamentarischen Tag seiner Fraktion vorzeitig für beendet. Damit scheiterte die UDR zum zweiten Mal daran, ihren Gesetzentwurf zur Abstimmung zu bringen.

Die französische Nationalversammlung und der französische Senat haben sich auf eine Aktualisierung des Militärplanungsgesetzes für die Jahre 2024 bis 2030 geeinigt. Der Verteidigungshaushalt wird demnach um 36 Milliarden Euro auf insgesamt 436 Milliarden Euro erhöht. Auf Drängen des Senats werden zudem bereits 2028 zusätzlich 1,2 Milliarden Euro bereitgestellt. Darüber hinaus wurde beschlossen, die Streitkräfte besser vor Haushaltssperren zu schützen sowie zusätzliche Kosten für Auslandseinsätze und den Ersatz verlorener Ausrüstung stärker zu berücksichtigen. Ursprünglich hatte die Mehrheit im Senat eine Erhöhung um weitere 14 Milliarden Euro gefordert, da sie die internationale Sicherheitslage – insbesondere die Bedrohung durch Russland – und die Verpflichtungen Frankreichs innerhalb der NATO als Anlass für größere Anstrengungen sieht. Zudem bleibt ungewiss, ob zukünftige Regierungen die langfristigen Finanzierungsziele tatsächlich umsetzen werden.

In einem Bericht warnt der französische Senat vor der zunehmenden Verbreitung des Maskulismus. Diese Ideologie verteidigt traditionelle Geschlechterrollen, gewinnt vor allem unter jungen Menschen an Einfluss und radikalisiert sich zunehmend. Als Reaktion auf gesellschaftliche Veränderungen, wie die MeToo-Bewegung oder die Stärkung der Frauenrechte, verbreiten Influencer entsprechende Inhalte über soziale Netzwerke. Laut dem Bericht bestehen enge Verbindungen zu Verschwörungstheorien und rechtsextremen Milieus. Besonders besorgniserregend ist die Radikalisierung der „Incels“ (unfreiwillig alleinstehender Männer), die Frauenfeindlichkeit und Gewalt verherrlichen. Der französische Inlandsgeheimdienst

stuft den gewaltbereiten Maskulinismus inzwischen als Sicherheitsrisiko ein. Zwei mutmaßlich ideologisch motivierte Anschläge konnten bereits in den Jahren 2024 und 2025 in Frankreich verhindert werden. Der Senat fordert deshalb eine strengere Regulierung sozialer Netzwerke und die Einrichtung einer speziellen Beobachtungsstelle.

Ein neuer Bericht der Nationalen Beratungskommission für Menschenrechte (CNCDH) zeigt, dass die Toleranz gegenüber Minderheiten in Frankreich weiterhin hoch ist. Mit 64 von 100 Punkten erreicht der Toleranzindex den vierthöchsten Wert seit Beginn der Erhebungen im Jahr 1990. Die Kommission warnt dennoch davor, dass Rassismus, Antisemitismus und Diskriminierung tief in der Gesellschaft verankert sind. Im Jahr 2025 wurden 2.489 entsprechende Straftaten registriert. Auch an Schulen bleibt das Problem präsent: Im Schuljahr 2024/2025 wurden mehr als 3.800 rassistische oder antisemitische Vorfälle gemeldet. Der Bericht stellt zudem fest, dass antisemitische Vorurteile unter den Anhängern des Rassemblement National zurückgegangen sind, während sie unter den Unterstützern von La France insoumise zugenommen haben.

Die Hitzewelle im Juni 2026 könnte in Paris in mehreren Punkten sogar die Rekordhitzewelle aus dem Jahr 2003 übertreffen. Seit dem 18. Juni steigen die Temperaturen täglich auf über 35 °C, voraussichtlich zehn Tage in Folge. Erstmals wurde im Juni auch die 40-Grad-Marke überschritten: Am Mittwoch wurden 40,6 °C gemessen. Anders als 2003 hält die Hitze wegen der langen Tage rund um die Sommersonnenwende deutlich länger an. Besonders belastend sind zudem die außergewöhnlich heißen Nächte. In der Nacht zum Donnerstag sank die Temperatur nicht unter 26,4 °C, ein neuer Rekord.

Nach sieben Tagen extremer Hitze geraten insbesondere Frankreichs Krankenhäuser zunehmend unter Druck. In mehreren Regionen melden Notaufnahmen deutlich mehr hitzebedingte Einsätze, schwere Fälle von Überhitzung und erhöhte Todesfälle. Besonders angespannt ist die Lage in Paris, Bordeaux, Nantes und in der Region Grand-Est. Das Büro der Gesundheitsministerin Stéphanie Rist teilte mit, dass in Paris am Mittwoch, dem 24. Juni 2026, 25 Herzstillstände festgestellt wurden, während es „normalerweise weniger als zehn“ sind. Die Regierung hat deshalb die Alarmstufe 3 des ORSAN-Plans (französischer Plan des Krisenmanagements in außergewöhnlichen Situationen) aktiviert, um Personal zu mobilisieren, Betten freizumachen und Operationen notfalls zu verschieben.

PARLAMENT, PARTEIEN & PERSONEN



Der Historiker und Widerstandskämpfer **Marc Bloch**, der 1944 von der Gestapo ermordet wurde, und seine Frau **Simonne Vidal** wurden am Dienstag, dem 23. Juni, in das Panthéon aufgenommen. Simonne Vidal unterstützte ihren Mann als Sekretärin und wissenschaftliche Mitarbeiterin und stand ihm auch während des Zweiten Weltkriegs und seines Engagements im Widerstand zur Seite. In seiner Rede würdigte Präsident Macron Marc Bloch als bedeutenden Historiker, Antifaschisten und Widerstandskämpfer, dessen Vermächtnis angesichts des Erstarkens nationalistischer und rechtsextremer Strömungen eine besondere Aktualität besitzt. Die Familie hatte frühere Pläne zur Aufnahme ins Panthéon aus politischen Gründen abgelehnt und untersagte dem Rassemblement National die Teilnahme an der Zeremonie. Macron hat damit seit seinem Amtsantritt 2017 bereits neun Personen ins Panthéon aufgenommen: Simone und Antoine Veil, Maurice Genevoix, Joséphine Baker, Missak und Mélinée Manouchian, Robert Badinter und nun Marc Bloch und Simonne Vidal. Dies unterstreicht die Bedeutung der erinnerungspolitischen Komponente seiner Präsidentschaft.

DIE ZAHL DER WOCHE

3.536,1 Milliarden Euro

Die französische Staatsverschuldung hat im ersten Quartal 2026 einen neuen Höchststand erreicht. Ende März belief sie sich auf **3.536,1 Milliarden Euro**, was **117,5 %** des Bruttoinlandsprodukts (BIP) entspricht. Innerhalb von nur drei Monaten stieg die Verschuldung somit um 75,6 Milliarden Euro. Während hohe Schulden aufgrund sehr niedriger Zinsen früher als weniger problematisch galten, hat sich die Situation inzwischen verändert. Die Zinssätze für französische Staatsanleihen sind auf etwa 3,7 % gestiegen. Dadurch erhöhen sich die jährlichen Zinskosten erheblich: von 35,8 Milliarden Euro im Jahr 2020 auf voraussichtlich 59 Milliarden Euro im Jahr 2026 und 77 Milliarden Euro im Jahr 2028. Experten warnen, dass die Schuldzinsen bald der größte Ausgabenposten des Staatshaushalts werden könnten. Zudem befinden sich rund 60 % der französischen Schulden in den Händen ausländischer Investoren.

3	8	4	7
5	0	6	5
7	4	3	1
9	8	2	0
			1